

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Einzelhefte 10 Pf. Einlagen in die Postzustellungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnte Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

### Von Papens „Verfassungsreform“ zum Junkerlichen Wohlfahrtsstaat.

Wer am 20. Juli 1932 noch nicht wußte, weshalb der Staatsstreich gegen die republikanische Preußentregierung unternommen wurde, der weiß es jetzt bestimmt. Preußen war früher ein Wohlfahrtsstaat für die Junker und ist es seit dem 20. Juli 1932 wieder. Dazwischen lag nur die republikanische Zeit, wo den Junkerlichen Anexionisten von den eigenen Volksgenossen die Nägel beschnitten waren. An dem bekannten 20. Juli, der zum Volksstrauvertag erhoben werden sollte, wurden mit Militärgewalt unter dem General Rundstedt die ersten „Reichsreformen“ seit Weimar durchgeführt. Dann kamen die „Reichskommissare“ über Preußen; man hat aber den Eindruck, diese Einrichtung sei ein Arbeitsnachweis für Junkeröhne und sonstige Leute, die nicht auf eigenen Füßen stehen können, aber den Vorzug haben, keine Republikaner zu sein.

Überhaupt haben die Junker heute goldene Zeiten; sie haben wieder Geld wie Heu; sie ernsten wieder, ohne zu säen; sie schieben Reichspolitik hinter den Kulissen, und wir müssen blechen.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hilferding hat im Reichshaushaltsausschuß seine Unterlagen nicht aus der Luft genommen, wenn er sagte:

„Sehr deutlich müsse ausgesprochen werden, daß es unerträglich sei, wenn der Reichspräsident mit dem Landbund Politik mache und dann die Minister zu sich rufe, damit zupunkten der Landwirtschaft in den Vollstreckungsschuß erneut eingegriffen werde. Der Reichspräsident habe keine Politik zu machen, das sei nicht seine Aufgabe. Wir brauchen wieder dringend die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung, damit sie nicht mehr unklaren autoritären Einflüssen ausgeliefert bleibe!“

Allerdings hat kurz darauf der Reichswirtschaftsminister Warmbold erklärt, er sei bei der Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und den Landbundsführern zugegen gewesen. Hierbei habe Hindenburg erklärt, er sei nicht nur für eine Gruppe da; sondern für alle. Das ist selbstverständlich, aber es schafft nicht die Tatsache aus der Welt, daß die Wirklichkeit mehr übereinstimmt mit den Äußerungen Hilferdings als mit denen Warmbolds.

Autarkie und Osthilfe sind heute für die Landwirtschaft — Verzeihung — für die Großgrundbesitzer das Sprüchlein wie im Märchen „Eislein, deck dich! Eslein, streck dich!“, das ihnen Essen und Trinken recht herrlich und Dukaten nicht wenig bringt. Aber der Knüttel aus dem Sack wird schon kommen, ihr Herren „Reichsreformer“ für den Osten.

Der Zentrumsabgeordnete Erising hat im Haushaltsausschuß erklärt:

„Die Art und Weise, wie die Osthilfe- und Siedlungsfragen weiter betrieben worden sind, hat die Befürchtung aufkommen lassen, daß die Siedlung zum Erliegen gebracht und der gesunde Gedanke der Osthilfe in das Gegenteil verkehrt

werden soll. Diese Befürchtung hat sich hundertprozentig bestätigt. Wenn die vom Reich gegebenen Gelder nicht zur Abdeckung von Schulden verwendet werden, sondern um Luxusautos und Rennpferde zu kaufen und Reisen an die Riviera zu machen, dann sollte das Reich die Rückzahlung der Gelder verlangen.“

Die umfangreichen Siedlungspläne wurden bekanntlich von hoher Stelle dem Reichskanzler Brüning als Volkswirtschaftsmisstand eingereicht.

Als nun die Sozialdemokratische Partei über die Geldverschwendung an die reichsreformerischen Junker im Osten dringend Aufklärung haben wollte, da mußte sie aus dem Munde des Herrn Reichsernährungsministers v. Braun die ganz unschuldige Erklärung hören, er sei zu Auskäufen bereit, er halte es aber für notwendig, die Auskäufe in der Einzelhandlung der Einzelfälle vertraulich zu behandeln. Ja, Sabor, das läßt tief blicken, wie die nachfolgenden paar Fälle von vielen beweisen:

Die Burggrafenfamilie Dohna in Willkühnen hat fast eine halbe Million Mark staatliche Gelder erhalten, die voll verloren sind. In der Zwangsversteigerung hat Graf Dohna sein Gut wiedererwerben lassen, und jetzt soll ihm der Betrieb wieder zurückgegeben werden.

Die Putschistenfamilie Kapp in Pilsen (Kreis Pr.-Enslau) hat bei der Zwangsversteigerung ihres Gutes 200 000 Mk. bekommen. Frau Kapp erhielt mit 30 000 Mk. weiterer Zuschüsse das Gut wieder zurück.

General Hell in Groß-Orieten bei Osterode hatte 205 000 Mk. Umschuldungshypotheken und 30 000 Mk. Zuschuß erhalten, die sämtlich verloren sind.

Gräfin von Kalkstein in Arnsberg brachte dem Reich einen Verlust von 50 000 Mk.; trotzdem wurde der Gräfin Kalkstein die Übernahme des Rittergutes mit 100 000 Mk. neuer staatlicher Mittel ermöglicht.

Der Präsident der Pommerischen Landwirtschaftskammer von Flemming hat das Sicherungsverfahren durchführen lassen, bei denen die Gläubiger keinen Pfennig erhielten. Trotzdem bekam er dann noch einen Kredit von 100 000 Mk. von der Bank für Industrieobligationen, wo er stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ist.

Dem bekanntesten Reaktionär von Hindenburg-Januschau ist ein Darlehen von 621 000 Mk. zugesagt worden, von denen bisher 454 000 Mk. ausgezahlt worden sind. Aber auch die Hohenzollernfamilie will bei diesem Fischzug nicht leer ausgehen. Hermine, die Frau Wilhelms des Letzten, ist mit ihrem Gutsbesitz bereits in den Tätigkeitsbereich der Osthilfe gelangt.

So, lieber Leser, jetzt weißt du, weshalb am 20. Juli 1932 in Preußen der Staatsstreich gemacht wurde.

Trüftet euch, ihr Arbeitslosen, ihr Rentner! Sind es doch unsere Junkerlichen Volksgenossen, die das verladen, was man euch genommen hat. Auch für euch wird der Zahltag kommen, vielleicht früher, als mancher starke Mann glaubt.

diesem Kreis gibt es so lange keinen Ausweg, solange nicht die Kaufkraft der Verbraucher der industriellen Bevölkerung gesteigert und unhaltbarer Großgrundbesitz in zweckmäßige Siedlungen umgewandelt werden. Die Verstimung über die Agrarpolitik der Regierung ist besonders gerade in den Ländern stark, die einen großen Teil des deutschen Exportertrags aufnehmen. Je mehr diese Länder ihren Industriebedarf in anderen Ländern decken, desto mehr erhöht sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Diese einseitig auf Agrarschutz eingestellte Handelspolitik führt darüber hinaus zur Durchlöcherung des deutschen Handelsvertragsystems, das auf dem Grundlag der Meistbegünstigung aufgebaut war und das mit diesem Grundlag der deutschen Exportindustrie gedient hat, ohne der Landwirtschaft wirklich zu schaden. Eine Handelspolitik, die auf Deutschlands Industrieexport nicht genügende Rücksicht nimmt, stiftet Unheil, indem sie neue Arbeitslosigkeit erzeugt und damit auch der Landwirtschaft neuen Schaden zufügt.

Zusammenfassend gefaßt wir uns, zu sagen:

- 1. Die erste Voraussetzung für eine Entspannung der unerträglichen Lage ist eine großzügige Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung auf diesem Gebiet müssen mit größter Beschleunigung erheblich erweitert werden.
2. Der dadurch eingeleitete Besserungsprozess ist in seinem Umfang und Tempo wesentlich abhängig von der Arbeitszeit der Vollarbeiter. Demzufolge muß eine der Produktionstechnik angepasste Arbeitszeitverkürzung gelehrt durchgeführt werden, die jedoch nicht zu weiteren Einkommensminderungen der Arbeitenden führen darf.
3. Die Pflege weltwirtschaftlicher Beziehungen zur Erhaltung und Steigerung der deutschen Ausfuhr muß die vornehmste Aufgabe der deutschen Handelspolitik sein.
4. Der Wiederaufbau der Massenkaufkraft und der sozialen Leistungen mit dem Ziel der Schaffung eines umfangreichen Binnenmarktes muß den Besserungsprozess unterstützen.

Wir bitten Sie, Herr Reichspräsident, diese vorbrütlichen Aufgaben zur Linderung der erschlitternden Not großer Teile der Arbeiterschaft mit Ihrem starken Einfluß unterstützen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

### Heimannsberg, der vorbildliche „Staatsverbrecher.“

Am 20. Juli 1932 wurden bekanntlich die republikanische preußische Regierung und die republikanische Berliner Polizeileitung im Auftrage Hindenburgs und der Reichsregierung mit Militärgewalt — mit Handgranatenausstattung — gewaltsam aus ihren Ämtern entfernt. Angeblich im Interesse der öffentlichen Ordnung. Oeglaubt hat es niemand. Bracht hat bekanntlich als Reichskommissar auch den Polizeioberst Heimannsberg verhaften lassen. Am 31. Dezember 1932 ist Heimannsberg, „seinem Antrag entsprechend“, ausgedient. Am 24. November 1932 hat Herr Bracht an den mit Reichswehr gewaltsam entfernten Polizeioberst folgendes herrliche Dokument gerichtet:

Der preußische Minister des Innern. Berlin, den 24. November 1932. IIB II Hei III.

Sehr geehrter Herr Polizeikommandeur!

Mit Ablauf dieses Jahres scheiden Sie Ihrem Antrage entsprechend aus dem Dienst der Schutzpolizei, der Sie seit ihrer Gründung in besonderem Maße verbunden waren. Reiche polizeiliche Erfahrungen und zielbewusste Schaffenskraft haben Ihnen die Möglichkeit, sich in den verschiedensten Stellungen bestens zu bewähren. Nach schnellem Aufstieg wurde Ihnen die Führung der Berliner Schutzpolizei übertragen, an deren Spitze Sie in nahezu sechsjähriger Verwendung Ihre ganze Kraft der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit in der Reichshauptstadt gewidmet haben.

Ihnen für dieses Wirken meinen und der preußischen Staatsregierung besonderen Dank auszusprechen, ist mir eine angenehme Pflicht.

Das Bewußtsein, Ihrem Vaterlande in schwerer Zeit an verantwortungsvoller Stelle treu gedient zu haben, soll Sie auch nach Ihrem Scheiden aus dem Amt mit Genugtuung und Stolz erfüllen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener Loehrs. In Vertretung des Kommissars des Reiches.

Hierzu kann man nicht viel sagen, aber desto mehr denken. Seit Papen sind bekanntlich die Regierungen sehr empfindlich geworden, jedenfalls nicht ohne Grund. Trotzdem soll ausgesprochen werden: Der 20. Juli 1932 ist der Tag deutscher Schande. Wir schlagen vor, am 20. Juli 1933 in ganz Deutschland schwarz zu flaggen.

### Erfolgreiche Werbearbeit.

Gau 9. (4. Quartal 1932.)	Rosenheim . . . . . 27
Schweinfurt . . . . . 21	Zwiesel . . . . . 32
	Neuburg . . . . . 6
Gau 10. (Dezember.)	
Kempten . . . . . 40	Düffeldorf (1.—15. Januar) 43
	Gau 16.

### Weshalb nur für die Junker rasche Hilfe?

#### Wo bleibt die Arbeitsbeschaffung?

Am Sonnabend, dem 21. Januar, begaben sich die Vorsitzenden Leipart, Grafmann, Eggert und Stähr zum Reichspräsidenten. Der Inhalt der Besprechung ergibt sich aus dem folgenden Schreiben der Bundesvorsitze an den Reichspräsidenten, das von den Vertretern der Gewerkschaften in der Aussprache eingehend begründet wurde:

„In einer Zeit höchster wirtschaftlicher und seelischer Nöte der werktätigen Bevölkerung, insbesondere der rund 7 Millionen erwerbslosen Volksgenossen, wenden wir uns an Sie, Herr Reichspräsident, um Ihre Aufmerksamkeit auf die nunmehr unerträglich gewordenen Verhältnisse zu lenken.

Als wir am 26. Februar 1931 zusammen mit Vertretern der anderen gewerkschaftlichen Spitzenverbände die Ehre hatten, Ihnen die damalige Lage zu schildern, erwarteten Sie mit uns eine allmähliche wirtschaftliche und soziale Besserung. Damals zählten die Arbeitsämter 5 Millionen Erwerbslose. Unter den 7 Millionen Erwerbslosen von heute befinden sich zahlreiche Jugendliche, denen nach der Schulentlassung Arbeit im Erwerbsleben überhaupt noch nicht vergönnt war.

Wir sind uns bewußt, daß unter der Wucht der Wirtschaftskrise fast alle Schichten der Bevölkerung leiden. Wir kennen die Sorgen und Klagen aller Berufsstände und Wirtschaftszweige. Wir wissen besonders, daß infolge des Zusammenbruchs der Massenkaufkraft, der Verarmung großer Teile der industriellen Bevölkerung, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse trotz gesunkener Preise keinen Absatz finden können. Aber es muß doch mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, daß in der lang andauernden Krise die Verelendung den schlimmsten Grad erreicht hat bei den großen Teilen der Arbeiterschaft, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Arbeitskraft zu verwerfen und zu langfristiger Erwerbslosigkeit verdammt sind. Während es sich bei der Notlage anderer Bevölkerungsschichten vielfach um die Gefährdung ihres Bestandes handelt, geht es bei den

Erwerbslosen zum großen Teil um die Gefährdung des nackten Lebens. Die Unmöglichkeit, den notwendigen Bedarf an Ernährung und Kleidung für sich und ihre Familienangehörigen zu decken und in menschenwürdigen Wohnungen zu wohnen, hat diese Menschen tief verblüfft und in Verzweiflungssituation getrieben.

Zugleich ist für die noch Beschäftigten in erheblichem Umfang die Kurzarbeit weiter durchgeführt worden. An der Jahreswende waren von je 100 Mitgliedern der dem IGBV angeschlossenen Verbände nur noch 32,2 voll beschäftigt, 22,2 waren Kurzarbeiter und 45,6 voll erwerbslos. Die normale Beschäftigung hat sich also in eine Ausnahme verwandelt. Weniger als ein Drittel der Arbeiter bringt noch den vollen, aber durch den Lohnabbau um 25 bis 30 v. H. verringerten Wochenlohn nach Hause.

Neben den gewaltigen Opfern an Lohn hat der fortgesetzte Abbau aller sozialen Leistungen die Arbeiterschaft auf schwerste betroffen. Die Arbeitslosenversicherung kommt heute nur noch einem kleinen Bruchteil der Arbeitslosen und auch diesen nur während der Dauer von sechs Wochen zugute, obwohl durchschnittlich 8 v. H. des Lohnes für die Versorgung der Arbeitslosen in Anspruch genommen werden. Etwa 2½ Millionen Arbeitslose sind ihrem Schicksal bei den Wohlfahrtsämtern der finanziell geschwächten Gemeinden überlassen.

Ebenso sind die Rentenempfänger durch die Kürzungen der Invaliden- und Unfallrenten der Verelendung anheimgefallen.

Der Zusammenbruch der Massenkaufkraft hat der deutschen Ausfuhrindustrie keine neuen Märkte erobern können, er hat im Gegenteil noch den Binnenmarkt zerstört. Die Handelspolitik der Regierung ist von der Vorstellung beherrscht, der Landwirtschaft auch bei zusammengebrochener Massenkaufkraft helfen zu können. Diese Vorstellung ist irrig. Mengennäßig ist die landwirtschaftliche Produktion von der Krise unberührt geblieben. Da aber mangels genügender Kaufkraft der städtischen Bevölkerung die Agrarerzeugnisse keinen ausreichenden Absatz finden können, sinken ihre Preise. Hier helfen entscheidend weder Subventionen noch Zölle. Aus



# Der Betriebsrätekongress des ADGB und des Afabundes.

Der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Allgemeinen freien Angestelltenbund gemeinsam einberufene Betriebsrätekongress tagte am Sonntag, dem 22. Januar, im Gewerkschaftshaus in Berlin. Der Kongress sollte ein Auftakt sein zu den diesjährigen Betriebsrätewahlen. Über 500 Teilnehmer, in ihrer überwiegenden Mehrheit aus den Betrieben, waren anwesend. Unser Verband war durch 6 Kolleginnen und 29 Kollegen vertreten. Aus der packenden Einleitungsrede des Kollegen Leipzig geben wir — soweit unser Raum es gestattet — folgendes wieder:

Ich erfülle eine selbstverständliche, aber für mich außerordentlich angenehme Pflicht, wenn ich heute hier den anwesenden Betriebsratsmitgliedern und den Zehntausenden draußen, die leider nicht auch hier teilnehmen können, namens der gesamten Gewerkschaftsbewegung den Dank ausspreche für ihre pflichterfüllte Tätigkeit, die gewiß nicht immer leicht war, die unendlich viel Idealismus, viel Gemeinsinn, viel Solidaritätsbewußtsein und sehr viel Liebe zur Sache erfordert, wenn die Aufgaben der Betriebsräte erfüllt werden sollen.

Wir haben uns diese Konferenz gedacht als einen wirkungsvollen Auftakt für die Durchführung der bevorstehenden Betriebsräte-Wahlen. Seit Jahrzehnten haben uns unsere Vorkämpfer und haben wir alle eindringlich immer wieder gepredigt: Einigkeit macht stark! Kaum jemals früher aber war die Uneinigkeit in den Reihen des ganzen Volkes und leider auch in der Arbeiterschaft größer als jetzt. Man fertigt erdichtete Protokolle an, die angeblich in der Reichskanzlei und im Reichsinnenministerium aufgenommen seien über vertrauliche Besprechungen und Verhandlungen zwischen Regierungsleuten, Rajuleuten und ADGB-Leuten; man verleiht fälschlich und verbreitet sie hinter unserm Rücken, monatelang, ehe wir Kenntnis davon erhalten. Ich habe Gregor Straßer in meinem Leben noch nicht gesehen, habe auch noch kein Wort mit ihm gewechselt, und kein anderer ADGB-Führer hat jemals mit Gregor Straßer ein Wort gewechselt!

Uns wird der Vorwurf gemacht, wir tolerieren die Regierung schlechter. Zunächst einmal: die Gewerkschaften sind keine politische Partei und wollen es nicht sein. Wir haben unsere Sozialdemokratische Partei.

Wir als Gewerkschaften müssen aber mit jeder Regierung rechnen, auch wenn sie gar nicht unser Vertrauen hat. Wir müssen, weil wir auf dem Posten an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung stehen, mit jedem Arbeitsminister über die Interessen der Arbeiterschaft verhandeln. Wir müssen mit jedem Wirtschaftsminister über unsere wirtschaftlichen Auffassungen verhandeln, um sie bekannt zu machen und durchzusetzen. Und wenn das nicht genügt, mit diesen Reformministern zu verhandeln, dann müssen wir auch zum Reichskanzler gehen, er mag heißen, wie er will!

Wir wollten die Gewerkschaften zum Faschismus führen, sagen jene Leute, die am 9. August 1931 mit den Nazis, also mit den Faschisten, gemeinsam zur Volksabstimmung gingen gegen die preußische Regierung Braun. Ich will heute im Auftrage der beiden Bundesvorstände noch Betriebsratsmitglieder fragen: Glaubt ihr dem, was der Bundesvorstand und was ich sage, oder glaubt ihr der „Roten Fahne“ und den Nazi-Blättern? Man spricht in der jetzigen Zeit viel davon, daß die Wirtschaftskrise eine Vertrauenskrise sei. Ich hoffe und bin überzeugt, daß es unter uns nicht zu einer Vertrauenskrise kommen wird!

Früher war es Verrat an der Arbeiterschaft, wenn die Gewerkschaften Tarifverträge abgeschlossen und die Arbeiterschaft „gebunden“ haben. Jetzt ist es Verrat, wenn die Gewerkschaften sich weigern, Tarifverträge noch abzuschließen, die weitere Lohnkürzungen, weiteren Lohnabbau bringen sollen.

Dann sprach Rempel über „Die Betriebsräte in der Wirtschaftskrise“. Hier einiges Wesentliche aus seinen Ausführungen: Die Geburtsstunde des Betriebsrätegesetzes ist mit Blut besiegelt. Als im Februar 1920 im Reichstag die Endabstimmungen zum Betriebsrätegesetz stattfanden, war der Reichstag umstellt von demonstrierenden Arbeitern und Angestellten. Man hatte ihnen gesagt, das Betriebsrätegesetz richte sich gegen die Arbeiterklasse. Es gab Lote und Verwandte. Die Gewerkschaften ehren das Andenken der Opfer; denn die Arbeiter, die in den Zusammenstößen mit der Polizei fielen, wollten das Beste, sie waren nur irreführt. Heute wissen die Arbeiter, daß die von ihnen erkämpfte Betriebsräteeinrichtung immerhin eine Errungenschaft darstellt, auf der weiter gebaut werden kann. Heute kämpft alles um die Posten der Betriebsräte — auch die Kommunisten und die Nationalsozialisten. Die Bedeutung der Betriebsrätewahlen ist von Jahr zu Jahr

gestiegen, und die Bedeutung der bevorstehenden Betriebsrätewahlen braucht man wirklich nicht noch näher zu beleuchten.

Die KPD bzw. ADO verlangen von den Betriebsräten rein politische Arbeit. Was haben die „roten“ Betriebsräte schon geleistet? Nichts, wie die kommunistischen Instanzen selbst feststellten. Nachdem Rempel sich eingehend mit den Erfahrungen betriebsrätlicher Arbeit und zum Teil mit den gesetzlichen Bestimmungen beschäftigt hatte, schloß er mit den Worten: Wäre die kommunistische Partei nicht, dann wäre die Einheit da. Die Arbeiterschaft hätte dann ganz andere Erfolge aufzuweisen. Und daher kein Schwanken in Gedanken und Handlung! Für uns gibt es nur die freigewerkschaftliche Linie und sonst nichts; denn für uns gibt es nur eine Arbeitereinheit, die Einheit in der Gewerkschaft.

Genosin Vertrud Hanna sprach dann über „Die Arbeiterinnen und das Mitbestimmungsrecht“, worüber wir in einer späteren Nummer des „Proletariats“ berichten werden. Anschließend sprach Genosse Erich Würing über „Die Rechtsprechung zum Betriebsrätegesetz“. Da wir bei dem geringen Umfang unserer Zeitung nur ein gekürztes, also verkümmertes, Referat bringen könnten, wird es besser sein, dies Referat nachzulesen in der „Gewerkschafts-Zeitung“ oder noch besser im Kongressprotokoll, das alsbald erscheinen wird.

In der anschließenden Diskussion wurde einmütig zum Ausdruck gebracht: Es gibt zwischen uns Betriebsräten und unseren Organisationen keine Vertrauenskrise. Wir Betriebsräte haben unbedingt Vertrauen zu unseren Gewerkschaften, zu unseren Führern. Unsere Kollegin Paula Häfle r aus Mannheim, die selbst Betriebsratsvorsitzende ist, führte aus: Ich freue mich über die verhältnismäßig starke Beteiligung von Kolleginnen an diesem Kongress. Wir Frauen stehen mit Männern im Betriebe in einer Front. Wir arbeiten Schulter an Schulter für eine gute Sache. Die Frauen haben vielfach noch Hemmungen und gehen nicht so aus sich heraus, wie es notwendig ist. Auch erliegen sie, wenn die gute Vorführung fehlt, den Einflüssen unserer Gegner von links und rechts, die ihnen allerhand faule Versprechungen machen. Hier muß der Einfluß unserer Männer in den Betrieben einsehen, nicht von oben herab, sondern wie gute Kameraden. Meine Organisation, der Fabrikarbeiter-Verband, kann eine große Anzahl von Frauen als Betriebsratsvorsitzende aufweisen. Daran ist nicht zuletzt das Wirken unserer Verbandsschule mitbestimmend. Dort holen sich viele das nötige Wissen und damit die notwendige Sicherheit für die Betriebsratsfunktion. Die Einheitsfront der Kommunisten ist nicht ehrlich gemeint, darüber sind wir uns längst klar. Die größte und stärkste Einheitsfront der Gewerkschaften sind die Gewerkschaften. Ihnen anzugehören, mit ihnen gemeinsam zu arbeiten, das sichert der Arbeiterschaft den Erfolg. Unser Kollege Otto Sparr e (Coeckel) brachte ebenfalls das volle Vertrauen zu unseren Gewerkschaftsführern zum Ausdruck, weil wir sie kennen als pflicht- und verantwortungsbewußte Menschen. Und da wir tagtäglich in der praktischen Arbeit stehen und Verantwortung tragen, fehlt uns die Anlage zum Illusionisten. Das Geschwätz der KPD-Presse und der ADO-Leute kann uns nicht irren machen, und außerdem kennen wir KPD und ADO nicht erst seit gestern. Zu dem Gesdrei über Verrat der ADGB-Führer, weil sie beim Reichskanzler schlechter Arbeiterinteressen wahrnahmen, will ich sagen: Auch wir Betriebsräte können uns unseren Verhandlungspartner ebensowenig aussuchen wie der ADGB, oder auch wie Herr Torgler und die sonstigen KPD-Führer, die mit dem Berliner Polizeipräsidenten Melcher und mit Schleicher verhandelten. Das einseitige aufgereagte Geschreibsel der KPD-Presse gleitet an uns Praktikern ab wie Regen an der Wachseiswand.

Nachdem noch mehrere Betriebsratsmitglieder aus ihrer Praxis interessante und wichtige Diskussionsbeiträge gegeben hatten, beschloß der Kongress einstimmig den Anruf zur Betriebsrätewahl, den wir in Nr. 4 des „Proletariats“ bereits zum Ausdruck gebracht haben.

In seinem Schlußwort sagte Genosse Graßmann: „Wir bengen uns weder dem Befehl eines Oberbefehl noch dem Einfluß einer landesfremden Regierung, sondern wir folgen unserem eigenen Willen. Der Erfolg unserer Arbeit hängt ab von der rastlosen Mitarbeit aller unserer Anhänger in den Betrieben. Die Parole: „Wir gehen vor! Wir greifen an!“ muß uns zu den größten Anstrengungen anspornen. Wir können eine bessere Zukunft nicht aus dem blauen Ungefähre erwarten. Wir müssen den Kampf aufnehmen, und das ist es ja, was unsere Gewerkschaften so unüberwindlich macht, die Treue und der Glaube an eine bessere Zukunft.“

Mit einem dreifachen Hoch auf die Bewegung wurde der Kongress geschlossen. Aufgabe der Orte, der Betriebe und vor allem aller einzelnen Kolleginnen und Kollegen ist es nun, die aufgenommene Bewegung fortzuführen bis zum siegreichen Ende!

In der Ansprache fanden die von Graßmann und Leipzig vertretenen Grundzüge die volle Zustimmung des Bundesauschusses. Leipzig wies sodann hin auf den Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der am 30. Juni in Brüssel beginnt. Anträge der Verbände zum Kongress sollen dem Bundesvorstand eingereicht werden. Die deutschen Gewerkschaften, ADGB und Afabund, haben 15 Delegierte zu entsenden. Die Wahl der Delegierten soll einer späteren Sitzung des Bundesauschusses vorbehalten bleiben.

## ADGB, ADO und Wallenbiegen.

In großen Schlagzeilen berichtet die kommunistische Presse über einen „Oppositionsieg“ im Fabrikarbeiter-Verband. Triumphierend schreibt dazu die „Rote Fahne“ Nr. 8 vom 10. Januar 1933: „So werden Erfolge erzielt“. Diesmal hat die ADO angeblich bei der Ortsverwaltungswahl des Verbandes der Fabrikarbeiter in Lützen eine große Schlacht geschlagen und einen überwältigenden Sieg errungen. Nach der Art des Berichts könnten Zweifel auftauchen, ob die vor 300 Jahren zwischen den Heeren des Schwedenkönigs Adolf und Wallensteins gelieferte Schlacht oder die bei der jetzigen Ortsverwaltungswahl geschlagene für die Weltgeschichte größere Bedeutung hat. In der KPD-Presse wird zu dieser Wahl folgendes berichtet:

„Die Neuwahlen zu der Ortsverwaltung der Zahlstelle des Fabrikarbeiter-Verbandes brachten einen glänzenden Sieg der Opposition. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben eine Antwort an den Leipziger Kurs in den Gewerkschaften erteilt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die gesamte Ortsverwaltung, Bevollmächtigter, Stellvertreter und drei Beisitzer, wurden restlos von der Opposition besetzt. Dieser neue Sieg der Gewerkschaftsopposition konnte errungen werden, obwohl die Reformisten einschließlich ihrer linken Flügelbedeutung, der Renegaten und Wandlertisten, alles versucht hatten, sich in dieser Generalversammlung zu behaupten. So wurde zum Beispiel die Generalversammlung durch die reformistische Ortsverwaltung so „einberufen“, daß man erst am Nachmittage vorher durch die Kassierer die Mitglieder bestellen ließ. Nur durch das sofortige Einsehen aller Kräfte zur Mobilisierung der oppositionell eingestellten Kollegen war es möglich, diesen Schlag zurückzuweisen.“

So schreibt die kommunistische Presse. Hierzu bringen die neu gewählten Funktionäre der Ortsgruppe Lützen folgende Erklärung:

„Der in der kommunistischen Zeitung, im „Klassenkampf“ Nr. 297 vom 23. Dezember 1932, gebrachte Bericht über die Generalversammlung des FAV, Ortsgruppe Lützen, entspricht nicht den Tatsachen. Die Behauptung, in Lützen sei mit überwältigender Mehrheit, mit 30 gegen 10 Stimmen, eine oppositionelle Ortsverwaltung gewählt, ist eine Lüge. Die bisherigen und unterzeichneten Mitglieder der Ortsverwaltung wurden wieder und nur ein Kollege neu hinzugewählt.“

Die Unterzeichneten erklären weiter, daß sie freie Gewerkschafter sind, daß sie die kommunistische ADO als eine gewerkschaftsfeindliche und der Arbeiterbewegung schädliche Verbindung ansehen und nichts mit der ADO zu tun haben.

In der Erkenntnis, daß die freien Gewerkschaften die beste und unentbehrliche Waffe der Arbeiterklasse im Wirtschaftskampfe gegen das Unternehmertum sind, gelobten die Unterzeichneten, alles für die Ausbreitung und das Erstarben des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands zu tun.

Lützen, den 13. Januar 1933.  
Karl Gärtner, Hans Wätmer, Max Winkler, Otto Kunze, Hermann Fleischer, August Durau, Willi Englert.“

Diese Erklärung „läßt wirklich an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig“. Dieser Sieg der ADO reißt sich würdig an ihre bisherigen Siege an.

Wer einmal lügt, muß oft zu lügen sich gewöhnen, denn sieben Lügen brauchst's, um eine zu beschönern. Gu.

## Ruhe und Arbeit!

Der Zentralverband der Industriellen, die Handelskammern und andere Körperschaften von rechts fordern Schluß mit dem politischen Klamauk, den bekanntlich die Nationalsozialisten eingeleitet, und den Papan kräftig gefördert hat. Die Herren, die jetzt nach Ruhe rufen, haben schon recht mit ihrem Ruf. Aber einige Fragen gestatten wir uns: Wer finanziert denn die Mörderbanden Hitlers? Wer hat denn ein Interesse an dem Wohlergehen dieses Gefindels? Mit wem tafelt denn der Mörderkamerad Hitler, mit Margiften oder mit Industriellen und Bankiers? Ohne die finanzielle Hilfe durch diese Gruppen wäre der mörderische Nationalsozialismus längst erledigt.

Wer die Mordpest finanziert, der hat kein Recht, sich über deren Frechheit zu beklagen, wenn diese sich statt gegen die eigenen Klassengenossen nunmehr allmählich gegen jene wendet, von denen sie durch Millionenwendungen moralisch korrumpiert und von ehemaligen Offizieren zu Löffelträgern erzogen wurde.

## Weiterer Abbau in der Wohlfahrtspflege.

Fast unbemerkt in der breiten Öffentlichkeit hat die Reichsregierung, gestützt auf eine Notverordnung des Reichspräsidenten, den § 6 der Verordnung über die Fürsorgepflicht in seinen Absätzen 2 und 3 eine andere Fassung gegeben. Damit ist dieser Paragraph zum dritten Male geändert und seines ursprünglichen Charakters, Sicherung der gehobenen Fürsorge, vollständig enthoben.

Bekanntlich ist die Wohlfahrtspflege in eine allgemeine und eine gehobene Fürsorge abgegrenzt. Von der ersteren ist wieder eine solche für asoziale Fürsorge suchende abgegrenzt. Zur gehobenen Fürsorge sind Sozial-, Kleinentner, Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, Flüchtlinge und sonstige Gruppen, die den Kleinentnern gleichgestellt sind, zugelassen. War es bisher zwingende Vorschrift, daß die gehobene Fürsorge mindestens 25 Prozent über den Richtfahen für die allgemeine Fürsorge liegen mußte, so ist nunmehr nur noch zaghaft von „einer angemessenen Mehrleistung“ die Rede. Somit ist einer behnbaren Auslegung Tor und Tür geöffnet, wobei die oben genannten Gruppen die Benachteiligten sein werden; außerdem einem fülligen Bestehen.

# 12. Bundesauschubssitzung des ADGB.

Am Sonnabend, dem 21. Januar, trat der Ausschub des ADGB im Berliner Gewerkschaftshaus zu seiner 12. Sitzung zusammen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Leipzig in ehrenden Worten des langjährigen Mitgliedes des Bundesvorstandes Hermann Müller, des Vorstandsmitgliedes des Fabrikarbeiterverbandes Gustav Haupt und des großen Führers der politischen Arbeiterbewegung Ewald Bernstein.

Dann erfaßte Leipzig den Bericht des Bundesvorstandes.

Bis vor kurzem war ein nicht unerheblicher Rückgang der Mitgliederzahl in den Gewerkschaften festzustellen. Im letzten Quartal ist darin eine entscheidende Wendung zum Besseren eingetreten. Weniger erfreulich sind die Aussichten auf eine wirksame Arbeitsbeschaffung. Reichskommissar Dr. Verzee hat sich offenbar gegen die vorhandenen Widerstände nicht durchsetzen können. Die Frage der Arbeitsbeschaffung wird nicht im Sinne unserer Forderungen und in dem von uns gewünschten Tempo vorwärts getrieben. Es ist hier und da gelungen, Verbesserungen durchzusetzen oder unerwünschte Maßnahmen zu verhindern, aber im großen und ganzen sind die Einflüsse der Privatwirtschaft härter. Wir haben durchsetzen können, daß ein Teil der Neuzuzulassungsprämien für öffentliche Arbeiter angelegt wird, aber wir haben vergeblich dagegen eingezwungen, daß Privatunternehmer auch für auf diese Weise in Gang gesetzte öffentliche Arbeiten die Prämien erhalten.

Der Vorsitzende erinnerte an das vom Bundesauschub bereits im Oktober 1930 eintrefflich erhobene Verlangen nach gleichzeitiger Durchführung der vierjährigen Arbeitswoche. Trotzdem ist von seiten der Regierung nichts geschehen. Statt dessen erfolgten wiederholte zwangsweise Lohnsenkungen. Daß eine Arbeitszeitverkürzung nicht ohne Lohnausgleich durchgeführt werden darf, ist eine Selbstverständlichkeit.

Im Internationalen Arbeitsrat war Hermann Müller der deutsche Arbeitervertreter im Verwaltingsrat. Als Nachfolger hat der Bundesauschub den langjährigen Bezirksführer des ADGB, Wilhelm Kraußner für den letzten Jahres Jaraunminister des Reichstages heißen, vorgeschlagen. Der Bundesvorstand schlägt vor, Kraußner gleichzeitig als Nachfolger Humberts in den Bundesvorstand zu wählen.

In der Ansprache wurde hervorgehoben, daß im Deutschland selbst bei der gegenwärtigen Lage in vielen Fällen noch über 12 Stunden, ja bis zu 16 Stunden gearbeitet werde. Es sei ein Skandal, daß angesichts der ungenutzten Arbeitskräfte sogar die Behörden die Überschreitung der 8stündigen Arbeitszeit zu-

lassen, statt die Gewerkschaften in ihrem Kampfe gegen das Überstundenwesen zu unterstützen.

Nach dem Bericht über die Unterredung mit dem Reichspräsidenten (siehe S. 1) folgte die Erwählung für den Bundesvorstand. Dem Vorschlage des Bundesvorstandes, den Kollegen Wilhelm Kerschner mit diesem Posten zu betrauen, wurde einmütig zugestimmt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Die Gewerkschaften im politischen Meinungskampf, berichtete Graßmann:

Die Entwicklung des politischen Lebens, die gekennzeichnet ist durch das Anwachsen der radikalen Flügelparteien rechts und links, hat dazu geführt, daß auch die Gewerkschaften im politischen Leben stärker in den Vordergrund treten mußten. Manche ihrer Handlungen wurden mißverstanden oder in verleumderischer Absicht falsch gedeutet. Falsch sind auch die Folgerungen, die in vielfacher Form und mit wechselnder Absicht an die Unterredung der Führer des ADGB mit dem Reichswehrminister v. Schleicher — wenige Tage vor seiner Ernennung zum Reichskanzler — geknüpft worden sind. Diese Unterredung hatte nur den einen Zweck, bei der Reichsregierung in dem Augenblick, da sie sich nach dem Rücktritt des Kabinetts v. Papan neu bildete, die sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften, namentlich ihre Forderungen zur Linderung der Krisennot und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nachdrücklich zu vertreten. Um die Interessen der Arbeiterschaft wirksam zu vertreten, werden die Gewerkschaften auf eine solche Art der Fühlungnahme mit den wechselnden Reichskabinetten nie verzichten können.

Graßmann verweilte ausführlicher bei jenen „Protokollen“ von angeblichen Unterredungen zwischen Mitgliedern des Vorstandes des ADGB und dem Reichskanzler v. Papan sowie Persönlichkeiten der KPD. Graßmann konnte, indem er den Text dieser „Protokolle“ zergliederte, nachweisen, daß sie den Stempel der Fälschung an der Stirn tragen mit dem Zweck, Mißtrauen zu säen zwischen der Führung und der Mitgliedschaft der Gewerkschaften.

Leipzig sagte hinzu, es werde Klage darüber geführt, daß die Gewerkschaften nicht gleich der SPD und nicht mit der gleichen Schärfe wie sie in Opposition zur Regierung v. Schleicher stehen. Auf diese mißverständliche Beurteilung der Haltung der Gewerkschaften zur gegenwärtigen Regierung erwiderte er: Die Gewerkschaften stehen zu jeder Regierung in Opposition, wie immer sie zusammengesetzt ist. Denn die Gewerkschaften werden noch für lange Zeit lediglich Forderungen an die Regierungen zu richten haben.



nämlich die Gruppe der Wohlfahrtserwerbslosen in die gehobene Fürsorge zu bringen, ein kräftiger Regel vorgeschoben.

Ferner verankert der neue § 6 die Rechte der obersten Landesbehörde bei der Festsetzung der Richtsätze. Wird der Fürsorgeverband (Bezirksfürsorgeverband, also Kreis oder Stadt) mit der Festsetzung der Richtsätze beauftragt, so hat dieses Recht dann nicht das Verwaltungsorgan (Kreis- auschuß oder Magistrat), sondern nur der Vorsitzende (Landrat, Oberbürgermeister). Ob das vielleicht schon Vorarbeit zur kommenden Reichsarbeitslosenhilfe sein soll?

H. m. L. a. m. p. r. e. c. h. t.

### Chemische Industrie

#### Zwei Tote in der Pulverfabrik Bomlitz.

Am 24. Januar explodierte in der Pulverfabrik Bomlitz (Hannover) ein Siebwerk, wobei die Arbeiter Anton Grobe aus Walsrode und Willi Bruns aus Benefeld in Alkome zerrissen wurden. Anton Grobe war einer unserer besten Agitatoren in der Umgebung von Walsrode. Aber die Ursache der Explosion war beim Abschluß des „Proletariers“ noch nichts bekannt.

#### Die Dunlop auf dem Kriegspfade gegen die Gewerkschaften.

Wir haben schon vor einiger Zeit auf das Verhalten der sogenannten Deutschen Dunlop n. Ko., AG., in Hanau, hingewiesen. Die Leitung dieses Betriebes muß als unbedingte gewerkschaftsfeindlich bezeichnet werden.

Seit fast nunmehr zwei Jahren werden alle erdenklichen Mittel und Wege benutzt, sich der Zahlung der durch den Tarif festgesetzten Lohnsätze zu entziehen. Alle tariflichen und nur irgendwie erdenklichen außer tariflichen Instanzen wurden dieserhalb schon in Bewegung gesetzt. Dabei wurde immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß die Dunlop durch die angeblich zu hohen Löhne konkurrenzunfähig gemacht würde.

Um der Sache mehr Nachdruck zu verleihen, wurde auch ein Antrag auf Stilllegung des Betriebes gestellt. Als auch das nicht zum Ziele führte und der Termin abließ, ohne daß der gewünschte Erfolg eintrat, erschien als Retter in der Not die sogenannte Dräuningsche Notverordnung. Und bescheiden, wie die Firma nun einmal ist, wurde dem Schlichter zugemutet, allgemein 15 Prozent für die Löhne in der chemischen Industrie abzubauen, für die Dunlop aber noch weitere 10 Prozent, so daß eine Lohnsenkung von 25 Prozent eintreten sollte. Dabei wurde eine solche Fülle von Material aufgeföhrt, daß erst durch eine besondere Reise des Schlichters zum Arbeitsminister die Entscheidung dahin fiel, daß es unzulässig sei, über die 15 Prozent hinauszugehen, so daß auch die Dunlop sich mit diesem Lohnabbau begnügen mußte.

Kaum war die Entscheidung gefallen, lag wieder ein Antrag auf Herabsetzung der Löhne vor, und wieder reichte sich Verhandlung an Verhandlung, ohne ein greifbares Ergebnis.

Dann kam die Regierung Papen, also eine Regierung nach dem Herzen des Unternehmertums. Und nunmehr hatte die Dunlop wieder Hoffnung, daß ihrem nach unserer Auffassung unberechtigten Antrage Rechnung getragen würde. Es kam die Notverordnung vom 5. September. Die Druckerschwärze war kaum trocken, und schon lag der Antrag vor, daß der Dunlop als notleidendem Betrieb auf Grund des § 7 eine Unterbrechung des Lohnes um 10 Prozent gestattet werde. Aber keine Instanz konnte sich davon überzeugen, daß eine Notlage des Betriebes vorlag, so daß auch diese Hoffnung wieder enttäuscht wurde.

Jetzt wird der letzte Trumpf ausgespielt. Die Dunlop ist aus dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie ausgetreten, zu dem Zwecke, sich der tariflichen Lohnzahlung zu entziehen. Jetzt will man mit dem Arbeiterrat einen Haustarif abschließen. Und wenn der Arbeiterrat sich weigern sollte, was ohne jeden Zweifel eintreten wird, dann soll nach dem letzten Schreiben die „Belegschaft“ frei und unabhängig von jeder Bindung selbst eine Entscheidung treffen. Das bedeutet die Absicht des Tarifbruchs. Dieser Schritt ist auch von langer Hand vorbereitet. Schon seit zwei Jahren versucht man, die Arbeiterschaft von der Wahrung ihrer Interessen dadurch abzulenken, daß man sogenannte Werks-Sportvereine, natürlich unter neutralem Mäntelchen, schuf. Es handelt sich um Musik-, Fußball-, Turnvereine usw., mit all den üblichen Nebenerscheinungen, die früher bei Gründung der gelben Werkvereine unseligen Angelegenheits zu beobachten waren.

Es wird auch eine Werkszeitung herausgegeben. Tendenz: Entgötterung der Gewerkschaften nach dem System Karl von Siemens, Professor Hornepfers usw.

Das alles kostet Geld. Aber wenn man die Absicht hat, der Arbeiterschaft den Lohn zu mindern, muß man so viel Schaum schlagen, daß die Arbeiter zu der Überzeugung gelangen, daß ein Lohnabbau für sie kein Schaden, sondern ein Vorteil ist. Was in dieser Beziehung geschehen kann, wird durch die Werkszeitung besorgt.

Es scheint nun die Entscheidung bevorzustehen. Die gewerkschaftlichen Organisationen, die in diesem Betriebe vertreten sind, haben in mehreren Versammlungen und Sitzungen einstimmig beschlossen, jeden Lohnabbau mit den schärfsten Mitteln, wenn es sein muß, auch mit der Arbeitsniederlegung, zu beantworten. So ganz schmerzlos wird es also mit dem geplanten Lohnabbau nicht gehen. Sollte es aber mit Hilfe des gelben Geschmeißes gelingen, den Betrieb notdürftig aufrechtzuerhalten, dann mag die Dunlop das Odium auf sich nehmen, daß ihre Decken und Schläuche durch Streikbrecher hergestellt werden. — Wir sind überzeugt, daß die Kaufkraft der deutschen Verbraucher, die, soweit wie die Fahrraddecken in Frage kommen, zum weitaus größten Teil Arbeiter sind, nicht gerade durch diese Tatsache angeregt wird.

Der Kampf wird geführt werden müssen im Interesse der gesamten Gummiarbeiterschaft. Gelänge es der Dunlop, ihren Lohnabbauwillen durchzusetzen, so würde das nicht ohne Folgen für die übrige Arbeiterschaft in der Gummiindustrie Deutschlands bleiben.

### Konnte die zweite Explosion in Premnitz vermieden werden?

In Nr. 3 des „Proletariers“ d. J. wurde bereits über eine neue Explosion in Premnitz in dem Kunstseidebetrieb der J.-G. Farbenindustrie berichtet. Diese Explosion erregte um so mehr Aufsehen, als kurz vorher eine Sprengstoffexplosion in demselben Betrieb stattgefunden hat, die erhebliche Todesopfer forderte.

Während die Ursachen der ersten Explosion bisher nicht aufgeklärt werden konnten, sind die Ursachen im zweiten Fall in allen Einzelheiten bekannt. Demnach gestaltete sich der Unglücksfall folgendermaßen:

Die Fabrik in Premnitz erzeugt im Gegensatz zu vielen anderen Kunstseidefabriken den zur Sulfidierung der Alkylzellulose notwendigen Schwefelkohlenstoff in eigenen Anlagen. Durch die Sulfidierung erhält man das sogenannte Kantogenat, das in Lauge aufgelöst die Viskose zum Spinnen des Kunstseidefadens gibt.

### Wählt

nur solche Kollegen und Kolleginnen, die ihr als gute Kameraden kennengelernt habt! Wählt besonnene, nüchtern denkende Menschen zu euren Vertretern, keine Phrasendrescher, keine Wortrevolutionäre! Diese haben zur Geringe bewiesen, daß sie an entscheidender Stelle versagen. Die Arbeiterschaft braucht

### gute

erfahrene Gewerkschafter, die stets sich ihre Handlungen überlegen, keine dummen Streiche machen wie jene Hansdampfsmänner, die heute unter dem Sowjetstern und morgen unter dem Hakenkreuz getrene Werkzeuge ihres jeweiligen Diktators sind. Alle erfahrenen

### Gewerkschafter

wissen nur zu gut, wieviel Unfähigkeit und geistige Zerrissenheit bei den „Berufsrevolutionären“ zu finden sind. 99 Prozent all der starken Männer, die an sicherer Stelle jeden Unternehmer auffressen, werden direkt zum Feigling, wenn sie vor dem Unternehmer stehen. Deshalb wählt

### keine

AGD, keine Nazis, keine Leute auf der Einheitschwindelliste, sonst habt ihr die nachteiligen Folgen zu tragen! Durch solche Vertreter blamiert und schädigt sich die Arbeiterschaft nur. Also wählt euch Vertreter mit klarem Verstand und keine

### Maulhelden!

Die Firma erzeugt verschiedene Arten von Kunstseide. Für die einzelnen Arten wird eine besondere Viskose bereitet. Deshalb sind auch in verschiedenen Betriebsabteilungen Vorratsbehälter für Schwefelkohlenstoff vorhanden. Dieser Schwefelkohlenstoff wird von einer Zentrale aus nach den verschiedenen Betriebsabteilungen gepumpt. Die Schaltung der betreffenden Pumpanlage wird von einem Vorarbeiter vorgenommen, der mit dem Arbeitsvorgang durch lange Gewohnheit vertraut ist. Früher waren an den einzelnen Rohrleitungen auch Aufschriften vorhanden, wohin die betreffende Leitung führt. Als vor längerer Zeit diese Rohrleitungen gestrichen wurden, hat man die Aufschriften nicht erneuert. Warum dies nicht geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. An dem betreffenden Unglücksfall hatte der mit der Pumpstation beauftragte Vorarbeiter einen anderen Arbeiter bei sich, den er zum Vorarbeiter anlernen sollte. Er fragte diesen, ob er sich in der Pumpschaltung auskenne, was bejaht wurde, worauf der Vorarbeiter dem Arbeiter die Pumpanlage anvertraute und fortging. Der neue Arbeiter pumpte nun aber den Schwefelkohlenstoff nicht nach dem Vistrabetrieb, wohin er eigentlich gepumpt werden sollte, sondern nach dem sogenannten Travisbetrieb, dessen Tank kurz vorher bereits gefüllt worden war. Durch den Überdruck wurde an einem Stutzen des Behälters ein Gummistopfen herausgeschleudert, und der leichtflüchtige Schwefelkohlenstoff (er siedet schon bei 36,5 Grad) verdampfte und füllte, da er schwerer ist als die Luft, mehrere Etagen eines Treppenhauses in der sogenannten Kopfstation. Diese Dämpfe müssen sich, da Schwefelkohlenstoff ungefähr bei 140 Grad sich schon entzündet, an der Dampfheizung zur Explosion gekommen sein und die im „Proletarier“ Nr. 3 geschilderten Unglücksfälle verursacht haben.

Die Wucht der Explosion war so groß, daß Wände eingedrückt, Mauerverbände auseinandergerissen und eiserne Türen zerbeult wurden. Unüberschaubar wäre das Unglück geworden, wenn der Schwefelkohlenstoffbehälter selbst explodiert wäre.

Eigentümlich erscheint uns, daß nach Aussage von Werksangehörigen beim Eintreffen der Untersuchungsbehörde an den Rohrleitungen im Pumpsaal wieder Schilder mit erklärender Aufschrift an den einzelnen Rohrleitungen befestigt waren. Wie diese plötzlich dahingekommen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Wenn dieser Vorgang den Tatsachen entspricht, und wir haben keine Ursache, daran zu zweifeln, dann dürfte sich vielleicht die Gewerbeaufsicht einmal dafür interessieren, auf weissen Veranlassung nach dem Unglück bis zum Eintreffen der Behörde diese Bezeichnung vorgenommen wurde und warum sie früher nicht angebracht worden ist. Die schnelle Anbringung der Aufschriften ist das Eingeständnis einer Unterlassung.

Wir sind der Auffassung, daß dieses neue Explosionsunglück hätte vermieden werden können, wenn man nicht einem mit der Betriebsanlage nicht vertrauten Arbeiter die Bedienung der Schwefelkohlenstoffanlage überlassen hätte. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß, wenn der Arbeiter auch glaubte, die Anlage bedienen zu können, er in der Praxis

versagte, und zwar aus psychologischen Gründen. Jeder, der einmal eine solche Arbeit in der heimischen Industrie verrichtet hat, weiß, daß er bei Bedienung solcher Anlagen, namentlich in der ersten Zeit, in Zweifel und Verwirrung geraten kann und dann oftmals gerade das Falsche tut. Wären Bezeichnungen an den Rohrleitungen gewesen, dann hätte sich vielleicht das Unglück auch vermeiden lassen. Wer die Verantwortung dafür trägt, daß ein nicht durchaus kundiger Mann eine gefährliche und wichtige Betriebsanlage bedienen durfte, entzieht sich unserer Kenntnis, das muß die Firma mit sich selbst ausmachen. Die Arbeiterschaft, unter der eine starke Erregung herrscht, gibt dem heute in Premnitz herrschenden Arbeitsklima die Schuld an diesen Vorkommnissen. Anlagen und Arbeiten, an denen früher zwei Mann beschäftigt wurden, müssen heute knapp von einem Mann bedient und erledigt werden. So soll namentlich beim Entleeren von Säurewagen, bei denen die Möglichkeit von Unfällen besteht, trotz Hinweis der Arbeiter, nur ein Mann beschäftigt werden. Wir glauben, daß diese sachlichen Hinweise dazu beitragen werden, daß in Premnitz alles geschieht, was notwendig ist, um Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft zu schützen.

Daß neben dem Verlust an Menschenleben auch gewaltige Produktionsverluste für die Firma eintreten, beweist ebenfalls das neue Explosionsunglück in Premnitz. Wenn ein paar Tage lang der Produktionsbetrieb stillliegt, entstehen für die Firma größere Verluste, als wenn sie im Jahre an ein paar wichtigen Arbeitsstellen den Lohn für ein paar Arbeiter ausgibt. Hier wird nach unserer Meinung die Sparsamkeit am falschen Orte geübt. Es gibt eine Grenze der Rationalisierung, über die ein Hinausgehen in das Gegenteil des geplanten Zweckes umschlägt. Da, wo die Rationalisierung zur betrieblichen Unsicherheit führt, ist sie auch volkswirtschaftlich nicht mehr zu verantworten. Doch das ist heute eine Angelegenheit, die in erster Linie noch die Interessen des Unternehmers betrifft. Soweit aber eine mißverständliche Rationalisierung dazu führt, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter bedroht werden, muß Stellung dagegen genommen werden. Wir sind der Auffassung, daß die Aufsichtsbehörden mehr und mehr auch die Frage der Rationalisierung von der Seite des Arbeiterlebens und des Gesundheitsschutzes beobachten müssen. In dieser Hinsicht sind die Klagen der Arbeiter in Premnitz, die nicht vereinzelt erhoben werden, berechtigt.

R. Segerer.

### Nahrungsmittel-Industrie

#### Geschäftsabläufe aus der Stärkeindustrie.

Für die Kartoffelstärkeindustrie haben die beiden größten Gesellschaften, C. A. Kochmann u. Ko. und W. A. Scholten, ihre Geschäftsberichte über das Geschäftsjahr 1931/32 herausgebracht. Beide schließen das Geschäftsjahr mit dem 31. August. Sie umfassen also die Hauptbetriebszeit für 1932 noch nicht. Da es sich hier um die beiden größten Gesellschaften der Stärkeindustrie handelt, bieten die beiden Berichte gleichzeitig eine Übersicht über die Gesamtlage der Stärkeindustrie. Der Bericht von Kochmann u. Ko. befaßt an ausschlaggebender Stelle:

„Die aus dem Vorjahr übernommenen reichlichen Bestände an Fabriken liegen eine stärkere Ausnutzung unserer Betriebe — dies besonders auch in Rücksicht auf die uns sehr knapp zugeföhnten Kontingente — wieder nicht rasch erscheinen. Da sich der Abzug von Kartoffelmehl in den Wintermonaten infolge der Lieferrung an die Wecker aber besser, konnten einige unserer Stärkefabriken die Verarbeitung von Kartoffeln noch im Frühjahr für eine kurze Zeit wieder aufnehmen. Die Ausnutzung der Werke blieb aber im ganzen wiederum auf etwa 33 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt. . . . Wenn schon sich die Erwartung auf eine größere Verwendung von Weckermehl leider nur in sehr bescheidenem Umfang erfüllte, räumten sich unsere Bestände in Ganz- und Halbfabriken zum Schluß des Geschäftsjahres wesentlich stärker als im vergangenen Jahre. Der sich hierdurch ergebenden Vermehrung unserer Betriebsmittel ist es mit zu verdanken, daß wir eine gegen das Vorjahr erhöhte Dividende, nämlich 6½ Prozent, zur Verteilung bringen und auf neue Rechnung wieder 30 324,36 Mk. vortragen können.“

Weiter wird ausgeführt, daß die Ernte der Landwirtschaft gute Erträge gebracht hat. Die Regierung habe durch starkes Einwirken auf die Konfervenindustrie veranlaßt, daß die Industrie ihre Kartoffeln zu stark erhöhten Preisen abnehmen mußte. Das habe das Geschäftsergebnis ungünstig beeinflusst. Trotz dieser ungünstigen Beeinflussung schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr wesentlich günstiger ab als im Vorjahre. Im Bericht wird bemerkt, daß sich in Anbetracht der unsicheren Verhältnisse bezüglich der zu treffenden Maßnahmen der Regierung über das laufende Jahr nichts sagen läßt. Bei einem Aktienkapital von 3 785 000 Mk. erzielte die Gesellschaft einen Reingewinn von 227 559,90 Mk. Sie konnte eine Dividende von 6½ Prozent ausschütten. Ihre Reserven betragen 817 709,15 Mk.

Der Geschäftsbericht der Firma W. A. Scholten zu Brandenburg befaßt an ausschlaggebender Stelle:

„Der von der Reichsregierung herbeigeföhrt Zusammenbruch der deutschen Kartoffelstärkeindustrie ist fünggemäß in erster Linie der Landwirtschaft zugute gekommen. Trotz einer reichen Ernte konnten während des abgelaufenen Wirtschaftsjahres die Kartoffelerzeuger stabile und wesentlich bessere Preise als früher erzielen. Auch die Absicht der Reichsregierung, durch den Zusammenschluß die Stärkeindustrie auf eine gesunde Basis zu stellen, dürfte im allgemeinen verwirklicht sein. . . . Es ist zwar trotz der ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage und der hierdurch verursachten starken Einschränkung des Bedarfs an Stärkeprodukten seitens weiter Verbraucherkreise der Stärkeindustrie-Verkaufsgesellschaft m. b. H. (Stiveg) möglich gewesen, den größten Teil der Waren zu verkaufen, aber nur deshalb, weil das Kontingent, welches der gewerblichen Stärkeindustrie zugeteilt wurde, im Verhältnis zu den Fabrikleistungen zu klein und völlig ungenügend war. Andererseits ist auch der Absatz von Glukose als Folge der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse erneut sehr erheblich zurückgegangen.“

In den weiteren Ausführungen wird noch deutlicher als bei Kochmann gesagt, daß die Stärkefabriken für ihre Rohstoffe trotz reichlicher Erträge der Landwirtschaft recht auskömmliche Preise zahlen mußten. Die Preisfestsetzung für die Produkte der Stärkeindustrie habe dagegen den Bedürfnissen nicht entsprochen. Die Firma Scholten kann, nachdem sie jahrelang ohne Gewinn gearbeitet hat, in diesem Jahre wieder eine Dividende verteilen. Sie fährt das in erster Linie darauf zurück, daß die Deutschen Weizenwerke, AG., als Großaktionär in die Gesellschaft eingetreten sind. Demnach ist die Gesellschaft durch den Eintritt der Weizenwerke neu fundiert worden. Die Firma Scholten erzielte also bei einem Aktienkapital von 2 700 000 Mk. einen Reingewinn von 188 841,96 Mk. Nach reichlichen Abschreibungen kann sie eine Dividende von 5½ Prozent verteilen, nachdem sie jahrelang keine Dividende verteilt hat. Man darf das Ergebnis beider Berichte wie folgt zusammenfassen:



Die durchgeführte Kontingentierung hat für die Stärkeindustrie die Erzeugung beschränkt. Die Betriebe sind nicht voll beschäftigt. Sie arbeiten aber auch dazu beigetragen, daß die Produkte fast restlos abgesetzt sind und daß beide Gesellschaften eine annehmbare Dividende verteilen können.

Die geringe Beschäftigungsmöglichkeit brachte eine kurze Hauptbetriebszeit, für die Saisonarbeiter also eine Arbeitslosigkeit. Durch die Kontingentierung und Preisfestsetzung ist dafür gesorgt, daß die Unternehmer trotz geringerer Produktion einen Gewinn erzielen. Für die Arbeiterschaft brachte die Kontingentierung lediglich längere Arbeitslosigkeit. Sie trägt also die Opfer. Dazu kommt, daß die Unterstützungsfälle für Arbeitslose stark reduziert sind infolge der Bedürfnisprüfung noch weiter eingeschränkt worden sind.

### Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

#### Achtung, Unfallgefahr!

Die in den Betrieben durchgeführte Rationalisierung und Technisierung hat für die Arbeitnehmer neue Unfallgefahren mit sich gebracht. Auf Grund des allseitigen Interesses, welches der Unfallfrage gewidmet wird, ist eine begründete Wertung in bezug auf Vorbeugung und Verhütung von Unfällen eingetreten. Eine dankbare Aufgabe, die ihrer Erledigung harret, bleibt den maßgeblichen Stellen darin gestellt, gesetzliche Bestimmungen zu erwirken, dahingehend, daß alle Arbeitsmaschinen und sonstigen Einrichtungen mit den dazugehörigen Schutzvorrichtungen geliefert werden müssen. Eine große Gefahr würde hierdurch in den Betrieben aus dem Wege geräumt. Die Verhältnisse sind ja in den meisten Fällen so, daß bei Versuchen irgendwelcher Art gewöhnlich Maschinen ohne Schutzvorrichtungen aufgestellt werden. Die Betriebsräte begegnen immer großen Schwierigkeiten bei diesbezüglichen Beanstandungen. Eine nachhaltige Wirkung ist bei Beanstandungen kaum zu erzielen. Oft muß die Gewerbeaufsichtsbehörde erwähnt werden, um endlich Abhilfe zu schaffen. Natürlich treten hierdurch immer wieder Spannungen zwischen Betriebsrat und Werksleitungen auf. Aber das Ausmaß der jeweilig vorliegenden Gefahr ist selten eine einheitliche Auffassung herbeizuführen. Die Betriebsräte kommen in den Verdacht, übertrieben vorsichtig zu sein. Die Arbeitgeber verkennen leider die Tatsache, daß der Betriebsrat viel kritischer in diesen Fragen urteilt als sie selbst. Der weitsichtige und mit Verständnis für diese Fragen ausgerüstete Arbeitgeber wird das größte Interesse an einer gutgemeinten, für die Allgemeinheit ungeheuer wichtigen Mitarbeit der Betriebs- und Arbeiterräte haben. Als große Gefahr für die Arbeiterschaft haben sich die allgemein eingeführten Transportbänder erwiesen. Immer wieder ereignen sich Unfälle an den an sich unscheinbar und gefahrlos aussehenden Kehrwellen (Endwellen) der Transportbänder. Gerade in dem harmlosen und ungefährlichen Aussehen liegt hier die große Gefahr. Bei 80 Prozent der von Transportbändern bewegten Produkte oder Rohmaterialien ist die Eigenschaft des „Festklebens von abfallenden Teilen an den Kehrwellen“ festzustellen. Das hierdurch bedingte Schiefslafen und Rutschen der Bänder muß beseitigt werden. Um Störungen im fortlaufenden Arbeitsprozeß zu vermeiden, werden die Endrollen des laufenden Gummibandes mit allerlei zur Hand liegenden Gegenständen abgekrast. Das erhöhte Arbeitstempo hat natürlich zu solchen Mißständen beigetragen. Unter allen Umständen muß gefordert werden, daß die End- oder Kehrwellen von Transportbändern mit mechanischen Abstreichvorrichtungen versehen werden. Eine große Zahl von Unfällen kann dadurch vermieden werden. Es wäre an der Zeit, einmal an alle Betriebe eine Rundfrage über „Unfälle an Transportbändern“ zu richten. Also nochmals: Kehrwellen von Transportbändern bilden eine große Gefahr. Das Abkratzen der Kehrwellen darf nur nach erfolgtem Stillsetzen des Bandes erfolgen. Die hierfür notwendige Zeit muß unter allen Umständen zur Verfügung stehen. Im übrigen muß danach gestrebt werden, daß mechanische Abstreichvorrichtungen angebracht werden. Martin Kreyman, Betriebsratsvorsitzender.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Dresden.** Am 22. Januar hielt die Bezirkszahlstelle ihre Jahresversammlung ab. In seinem Referat „Rückblick und Ausblick“ behandelte Kollege Thiele die Vergangenheit der Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit sowie die Entwicklung der Wirtschaftsbewegung mit ihren Rückschlägen und Auswirkungen für die Arbeiterschaft. Anschließend gab Kollege Broders den Geschäfts- und Kassenbericht. Vertretungen vor Behörden und diesbezügliche Schriftsätze nehmen einen großen Raum der Arbeitsfähigkeit ein, um den Kollegen zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Tarifverhandlungen in den einzelnen Industriezweigen gestalten sich sehr schwierig. Die oftmals unerhörten Forderungen der Arbeitgeber konnten infolge des Eingreifens der Gewerkschaft zu einem sehr großen Prozentsatz zurückgewiesen werden. In Betrieben mit nationalsozialistischen Betriebszweigen sind die Löhne um 6 bis 8 Pf. niedriger als in den mit der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft. Die Betriebszelle hat für den Unternehmen sehr glänzend funktioniert, und die Kollegen haben die Mittel der Aufzucht zu erwarten. Hoffentlich kommt auch hier bald das Erwachen der Kollegen. Ein Unternehmer erklärte ganz ungeniert: „Nach ein bis zwei Jahre, dann sind die Gewerkschaften erledigt und auch die Tarifverträge, dann werden wir bestimmen, welche Löhne gezahlt werden.“ (Für langsam, lieber Mann!) Von den ehemals 31 Betrieben, in welchen der Fabrikarbeiterverband vertreten war, arbeiten heute noch 12 im ganzen Bezirk. Es werden im Berichtsjahr erhebliche Summen für die Unterhaltungen verausgabt, so z. B. für Invalidenunterstützung 9000 Mk. Kollege Hartmann ermahnt, bei den kommenden Betriebsratswahlen wieder auf dem Posten zu sein wie in den vergangenen Jahren. Hiermit wurde die gesamte Verwaltung einstimmig wiedergewählt. Mit der Ermahnung, weiterhin für die Organisation eifrig zu arbeiten und den Kreis der Funktionäre und Kollegen zu vergrößern, schloß Kollege Göbel nach beendeter Sitzung die Konferenz.

**Chemnitz.** Unsere Jahreshauptversammlung fand am Sonntag, dem 13. Januar, im „Volkshaus“ statt. Kollege Siegmund gab den Geschäftsbericht, behandelte die politische und wirtschaftspolitische Seite des Jahres 1932, beschäftigte sich mit allen die Arbeiter interessierenden Angelegenheiten. Die Tätigkeit des Verbandes auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifpolitik wurde ein-

gehend gekennzeichnet. Dem Verband und der Zahlstelle ist es gelungen, für die meisten von uns vertretenen Gruppen die Tarifverträge zu erhalten, die weitgehenden Forderungen der Arbeitnehmer konnten in den meisten Fällen abgewehrt werden. Am Schluß des Jahres waren noch 4870 Mitglieder vorhanden. Die Zahlstelle hat noch 252 Betriebe zu bearbeiten, von denen zur Zeit 158 stillliegen. Darüber hinaus hat sie nach der Inflation etwa 50 Betriebe und annähernd 7000 Beschäftigte eingebüßt. Es sind 58 Hausagitationen durchgeführt worden. In 1850 Verhandlungen, Versammlungen, Sitzungen usw. mußte die Geschäftsleitung teilnehmen, 36 Klagen vor dem Arbeitsgericht und 3 vor dem Landesarbeitsgericht wurden vertreten und nur eine davon verloren. Ausgesagt wurden 19 259,61 Mk. Aus dem vom Kollegen Eger erstatteten Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Hauptkasse mit 138 210,00 Mk., die Lokalkasse mit 91 349,38 Mk. abschloß. Den Berichten folgte eine lebhaftige Aussprache. Ein kommunistischer Kollege brachte eine Entschließung ein, die sich gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik, gegen den WDB, usw. richtete. Keiner der anderen Delegierten hat diese Entschließung unterstützt, sie konnte deshalb gar nicht besprochen werden. Dagegen wurde eine von 10 Delegierten vorgelegte Entschließung einstimmig angenommen. Die Entschließung erkennt die Tätigkeit der Ortsverwaltung und Geschäftsleitung an, bringt zum Ausdruck, daß alles getan wurde, was im Interesse der Mitgliedschaft notwendig war, verpflichtet die Delegierten zur weiteren tatkräftigen agitatorischen Mitarbeit, verlangt, mit Energie dahin zu wirken, daß das ziel- und planlose privatwirtschaftliche System beseitigt, die Wirtschaft umgebaut, eine planmäßige sozialistische Wirtschaftspolitik getrieben wird. Ein Antrag, der die Bildung von sogenannten Bezirksverwaltungen verlangte, wurde einstimmig angenommen. Durch die Bezirksverwaltungen sollen die Funktionäre in den einzelnen Bezirken mehr als bisher zur agitatorischen Mitarbeit herangezogen werden und ein innigeres Zusammenarbeiten zwischen Bezirksfunktionären und Ortsverwaltung ermöglicht werden. Die bisherige Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Am Schluß der Versammlung gab Kollege Siegmund noch bekannt, daß Kollege Selmann sich einen anderen Wirkungskreis gesucht hat und deshalb aus dem Dienst der Zahlstelle ausgeschieden sei. Von dem seit längerer Zeit kranken angestellten Kollegen Emil Härtwig, der demnächst jedenfalls invalid geschrieben werden wird, verabschiedeten sich die Vertreter und Ortsverwaltungsmitglieder durch Kollegen Siegmund. Dieser dankte beiden Kollegen für ihre langjährige Mitarbeit im Interesse der Mitgliedschaft und des Verbandes. Dem Kollegen Härtwig gegenüber wurde dieser Dank sichtbar durch die Überreichung einer Blumenpflanze zum Ausdruck gebracht. Alle Anwesenden waren mit dem, was Kollege Siegmund am Schluß in bezug auf die künftige agitatorische Tätigkeit sagte, einverstanden: sie wollen alles tun, was möglich ist, um neue Mitglieder zu gewinnen. Ernst Dieck, Schriftführer.

**Gräfenroda.** Hermann Hahn gestorben. Am 18. Januar 1933 verschied unser alter Kollege Hermann Hahn, Ohndorf i. Thür., eingetreten in die Organisation am 4. Dezember 1898. Kollege Hahn war seit dieser Zeit ununterbrochen als Hilfskassierer für uns tätig. Mit ihm haben wir einen pflichttreuen Kollegen verloren, der sobald nicht wieder zu ersetzen ist. In sturmbelegten Zeiten hat er im Brennpunkt des Kampfes in Ohndorf treu zur Organisation gestanden. In seiner Arbeit mögen sich die ein Beispiel nehmen, die glauben, mit einer Handbewegung oder mit Worten allein die Welt ändern zu können. Vor allem sollte die Jugend sich an unserem verstorbenen Kollegen Hermann Hahn ein Vorbild nehmen, dann war sein Wirken und Arbeiten nicht umsonst.

**Hamburg.** Reinsfall der KPD und der RGO. KPD und RGO haben in der letzten Zeit ihren Bezirks- und Funktionärskörper ganz besonders aufgepumpt, damit er Sorge frage, daß in diesem Jahre ihr Einfluß in den Gewerkschaften gesteigert werde. Die Funktionäre wurden verpflichtet, die Mitglieder der KPD und der RGO unter allen Umständen in die Versammlungen zu treiben, in denen die Neuwahl der Funktionäre zu den Vertreterversammlungen der Gewerkschaften vorgenommen wird. Am 11. Januar fanden nun im Gebiet Groß-Hamburg die Distriktsversammlungen unseres Verbandes statt. Die Versammlungen erfreuten sich überall eines starken Besuches, doch war von den Anhängern der KPD und der RGO nicht allzuviel zu bemerken. In einzelnen Distrikten reichte ihre Zahl nicht einmal aus, um eine vollständige Liste für die Vertreterversammlung zusammenzubringen. In allen Distrikten haben die „Unentwegten“ eine glänzende Niederlage erlitten. Überall wurde die Liste der Amsterdamer Richtung mit überwiegender Mehrheit gewählt. Das Stimmverhältnis für die Anhänger der Moskauer Richtung bewegte sich in den elf Distrikten zwischen 8 und 25 Stimmen. Die „Norddeutsche Volkszeitung“ und die „Hamburger Volkszeitung“ weckern nun gegen ihre eigenen Genossen an ruffeln sie in der gebührenden Art und Weise, weil sie den vor Wochen bereits herausgegebenen Parolen, sich unter allen Umständen an diesen Versammlungen zu beteiligen, nicht Folge geleistet haben. Daß dabei auch unsere Organisation und insbesondere unsere Funktionäre in den Distrikten in der von den Kommunisten und den RGO-Leuten beliebten Art und Weise durch den Druck gezwungen werden, vertritt sich von selbst. Denn wo sollen KPD und RGO sich sonst bewegen, als in ihrem Lebens-element? Wir hoffen und wünschen nun, daß unsere Mitglieder auch in den Betrieben dieser Gesellschaft gegenüber bei den Neuwahlen der Betriebsräte ihre Pflicht erfüllen!

**Lübeck.** Wir sind nicht stehen geblieben, trotz der Krise. In unserer Generalversammlung am 22. Januar wurde diese Tatsache festgestellt. Seit dem Jahre 1929 gab es einen dauernden Aufstieg, der sich auch in den Krisenjahren fortsetzte. Gewiß ist kein Überschwung gemacht worden, der nach Tonenden gewertet wird, es ist aber auch kein Rückgang eingetreten. Wir gingen mit 40 071,52 Mk. in das Jahr 1932 hinein und zählen am Schluß des Jahres einen Lokalkassenbestand von 40 171,13 Mk. Genau so stabil blieb der Bestand der Mitglieder; am 1. Januar 1932 hatten wir 3249 Mitglieder und am 31. Dezember 3252, davon 651 weibliche. Die Kollegen Gampig und Körner gaben die Berichte, die beifällig angenommen wurden. Die Aussprache war reger und anerkennend und zeigte auch manchen neuen Weg für 1933. In die Verwaltung wurden gewählt: Alma Kuhn, H. Schüll, W. Schewe und P. Riegel; letzterer wurde neu gewählt. Dem ausscheidenden Kollegen Broders wurde Dank ausgesprochen. Dann sprach Kollege Hilpmann (Hamburg) über das Thema „Die Wirtschaft in Zahlen“. Der Vortrag bot so viel an Material, daß ein Auszug nicht möglich ist. Trotz der vielen Zahlen waren zirka 90 Minuten wie im Fluge vergangen. Nach einer Tagung von sechs Stunden konnte Kollege Gampig die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung schließen. Jetzt, Kollegen, heißt es wieder arbeiten und agitieren, damit der Bericht über das Jahr 1933 mit einem größeren Erfolg abschließen kann! Wir behalten kaltes Blut, trotz KGO und Nazidruck! H. G.

**Stahlfeld.** Am 21. und 22. Januar hatte die Zahlstelleneitung 30 Funktionäre aus den einzelnen Betrieben und Orten des Zahlstellengebietes zu einem Wochenendkursus versammelt. Kollege Thiele hatte die Aufgabe übernommen, die Teilnehmer mit der Einführung, Entwicklung, dem Wesen und Wollen der Gewerkschaften vertraut zu machen. Der Verlauf des Kurses hat bewiesen, daß diese Aufgabe zur vollen Zufriedenheit für Lehrer und Teilnehmer gelöst wurde. Am Schluß wurde der einstimmige Wunsch von den Teilnehmern geäußert, möglichst oft solche Kurse abzuhalten. Wir

hoffen, daß die erworbenen Kenntnisse von unseren Funktionären bei der Agitation und bei den kommenden Betriebsratswahlen zur praktischen Auswirkung für die Organisation kommen. Am Nachmittag des 22. Januar fand die Generalversammlung der Zahlstelle unter reiflicher Beteiligung der Delegierten und Kursteilnehmer statt. In einem großangelegten Referat sprach Kollege Thiele über die Gewerkschaften und die politische Lage. Treffend kritisierte er den Wahnflanz des Lohnabbaus, die Verschlechterung der gesamten Sozialversicherung und die dadurch erzielte Schrumpfung der Produktion. Er wies nach, daß nur durch die Hebung der Kaufkraft der breiten Masse, also der arbeitenden Bevölkerung, eine Besserung der Arbeitsmarktlage und damit eine Milderung der politischen Hochspannung eintreten kann. Seine Ausführungen klangen aus in der Warnung an die Unternehmer und die Regierung, den Vogen nicht zu überspannen, und in der Mahnung an die Arbeiterklasse, durch weitere Selbstverleugung ihre Positionen nicht noch mehr zu schwächen. In seinem Geschäftsbericht wies Kollege Thiele nach, daß Arbeitslosigkeit und Elend in unserem Zahlstellengebiet noch weit über dem Durchschnitt im Verbandsgebiet liegen. 54 Prozent Arbeitslose und nahezu 30 Prozent Kurzarbeiter geben der Wirtschaftslage im Zahlstellengebiet das Gepräge, ja, es gab sogar Zeiten, wo wir nicht einen einzigen Vollarbeiter hatten. Trotz dieser trostlosen Situation und trotz mühsamer und widerlicher Hege der RGO-Volksbeglucker blieb die Mitgliedschaft dem Verbande treu. Ein großes Verdienst haben sich hierbei unsere Funktionäre und Hilfskassierer erworben, ihnen gebührt besonderer Dank. Auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen eingehend, schilderte Redner die Tätigkeit der RGO und ihrer Vertreter in den Betrieben und stellte fest, daß, erst nachdem die Kommunisten im Jahre 1930 in einzelnen Betrieben eigene Listen aufgestellt hatten, jetzt auch Nazis und Stahlhelmer bemerkbar machen. In den Betrieben, wo die KPD ihre Spaltplätze nicht auslegte, gibt es auch keine Nazis. Deshalb ist es Pflicht unserer Funktionäre, mit allen Kräften für den Sieg der freigewerkschaftlichen Listen einzutreten; das ist Wirken und Werben für die wirkliche Einheitsfront. In dem Bericht kam die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Organisation in der Krisenzeit deutlich zum Ausdruck. In zahlreichen Klagen vor den Arbeitsgerichten, Einsprüchen bei den Arbeitsämtern, Berufungen vor den Oberverwaltungsämtern wurden Erfolge für die Mitgliedschaft erzielt. 150.000 Mk. sind dadurch der Mitgliedschaft geredet worden. Den Kassenbericht erstattete für den erkrankten Kollegen Maß Kollege Diegner. Er wies nach, daß im Jahre 1932 fast die gesamte Beitragseinnahme an die Kollegen für Unterstützung zurückgezahlt wurde. Trotzdem ist der Lokalkassenbestand von 39 809,35 Mk. gegenüber dem Vorjahre nicht verringert. Mit einem Appell, auch in Zukunft alles für den Verband einzusetzen, endete die imposante Versammlung. Diegner.

**Walsrode.** Anton Grobe tot. Einen schweren Verlust hat unsere Zahlstelle und die allgemeine Arbeiterbewegung am Ort und darüber hinaus erlitten. Durch die Explosion in der Pulverfabrik Bomlitz wurde Kollege Grobe, ein Mitglied unserer Ortsverwaltung, in Atome zerrissen. Noch am Sonntag vorher war er mit auf Hausagitation als einer der eifrigsten und erfolgreichsten Werber. Im Konsumverein, in der Partei und in unserem Verbands hinterläßt Grobe klaffende Lücken. Wann und wo es galt, für die Arbeiterschaft in die Bresche zu springen, da war Kollege Grobe in der vordersten Front. Er war ein praktisch denkender Mensch, ein guter, ehrlicher Charakter, gerecht gegen alle, selbst die Kinder des Ortes haßten ihn zu ihrem väterlichen Freund. Er ließ keinen Handwerksburschen ohne freundliche Worte und Labung von seiner Schwelle ziehen. Das wenige, was er besaß, hat er mit ihnen geteilt. Mit seiner Familie trauert in erster Linie wir um diesen guten Kollegen.

Der Sturm erlosch. Das Leid, es singt  
Sein jähren Lied dem Abendrot.  
Über die dunkle Heide klingt  
Ein Schluchzen wie aus letzter Not.

### Verbandsnachrichten.

#### Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a und 3d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle: Waldenburg: Hermann Schneider, Mitgl.-Nr. 1122 010.

#### Die Abrechnung für das 4. Quartal haben eingehandt:

- Gau 4: Stolp.
- Gau 5: Elbing.
- Gau 8: Pößneck.
- Gau 9: Regensburg.
- Gau 11: Waienburg, Valen-Unterkochen.
- Gau 12: Mannheim, Zweibrücken.
- Gau 14: Solingen.

#### Literarisches.

Preußen gegen Reich. Ein historisches Dokument. Sechs Tage lang hat sich vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig die Frage Preußens gegen die Regierung Preußen wegen des Staatsstreiches vom 20. Juli hingezogen. Die Verhandlungen fanden, wenn man von den demagogischen Entgleisungen absteht, die sich der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Gottheimer, in den ersten Tagen leistete, auf einem hohen geistigen und wissenschaftlichen Niveau. Es ist daher zu begrüßen, daß der Verlag J. H. W. Dietz durch Herausgabe des stenographischen Berichtes ein so wertvolles Dokument von bleibender Bedeutung geschaffen hat. Ministerialdirektor Dr. Gredel, der Vertreter Preußens vor dem Staatsgerichtshof, hat dem Buch ein Vorwort beigegeben. Die von Dietz herausgegebene Festschrift, daß der Staatsgerichtshof immer wieder betont, daß es sich nur um vorübergehende Maßnahmen handeln dürfe, daß nicht vermindert, daß diese Maßregeln nur ein halbes Jahr lang „vorübergehend“ bestehen. Das Buch umfaßt 530 Seiten und kostet 15 Mk. Das Buch darf in keiner Gemeinheitsbibliothek fehlen als eins der besten Quellenwerke zur Erkenntnis des gegenwärtigen Jahres 1932.

Eine Lichtbildserie über Karl Marx. Zum 50. Todestage von Karl Marx bringt der Film- und Lichtbilddienst der Partei, Berlin SW 68, Linienstr. 3, eine Lichtbild- und Filmbildserie heraus unter dem Titel „Karl Marx - Sein Leben und Wirken“. Es zeigt die Serie seine Kinderjahre im alten Trier, seine Studienzeit an der Universität zu Bonn und Berlin usw. Die Serie hat 71 Bilder. Das Filmbild kostet 5,75 Mk. Die Leihgebühr für die Lichtbildserie beträgt 5 Mk. Je Tag zuzüglich Porto und Verpackung. Der Preis einer Diapositivserie beträgt 65 Mk. Für Karl-Marx-Festern können auch geeignete Filme und Schallplatten bezogen werden. Das Verzeichnis wird auf Wunsch kostenlos überandt. Ferner erhältlich ein Filmband mit 67 Bildern über das „Internationale Kinderrepublikenfest der Roten Falken 1932 bei Paris“. Preis 5 Mk.

Karl Kolbe: Die Front der Gewerkschaften. 78 Seiten Oktav. Eugen Dietrich Verlag in Jena. Preis des kartonierten Buches 1,90 Mk. Der Verfasser hebt die Bedeutung der Gewerkschaften in der Jetztzeit und in der Zukunft vollständig klar. Er schätzt nach unserer Dafürhalten die Macht und insbesondere die Zukunftsbildung der Gewerkschaften objektiv und richtig ein bei voller Würdigung der Gegenkräfte. In manchen seiner Ausführungen und Schlussfolgerungen ist nicht rein gewerkschaftlichem Geistes zu folgen. Aber das ist nicht zu bedauern. Kolbe gibt aus Gewerkschaftlern mit seinem Buch sehr viel. „Werter können aus der Front der Gewerkschaften“ neuen Mut und neue Sätze schöpfen.

Deutscher Werkmänner-Kalender 1933. Bearbeitet von Ing. Fritz Hill. Herausgegeben von Obergewerksmeister E. C. Verk. Verlag A. Jenzens, Wittenberg, Beichtstr. 10. Ein Kalender geb. 3,50 Mk., durch uns bezogen 5 Mk. Dieser Kalender ist mehr, als sein Titel vermuten läßt. Er ist ein ausgezeichnetes Fach-Lehrbuch für das Gebiet „Werkmännlichkeit“. Doch er ist ein Wissensmerium sehr viel mehr, zeigt das 8 Seiten umfassende Inhaltsverzeichnis. Dazu hat der Kalender ein alphabetisch geordnetes Sachverzeichnis. Die zehn vorhergehenden Jahrgänge sind ebenfalls vorhanden. Jeder eine prächtige Fachbücherei, da jeder Jahrgang ein anderes Fachgebiet behandelt. Der etwa 400 Seiten starke Kalender hat Tafelformat. In Betracht des Inhalts ist der Preis niedrig zu nennen.